

Menschenrechtsverteidiger verteidigen: Strategien gegen juristische Schikanen in Südostasien



Zusammenfassung

Die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen (Human Rights Defenders, HRDs), um von Unternehmen verursachte Schäden auf der ganzen Welt aufzudecken, war noch nie so wichtig. Im Angesicht der existentiellen Herausforderung einer globalen Pandemie wie [COVID-19](#), der Klimakrise, den Trends und Verschiebungen für die Zukunft der Arbeit sowie zunehmender Migration setzen sich HRDs für Fairness und Nachhaltigkeit in den Geschäftsaktivitäten von Unternehmen und auf den globalen Märkten ein. Tragischerweise denken einige Unternehmen anders. Anstatt zuzuhören und auf Grundlage der von HRDs bereitgestellten Informationen zu handeln, zieht eine wachsende Zahl von Unternehmen vor Gerichte, um [Menschenrechtsverteidiger*innen](#), die sie kritisieren, skrupellos mit Klagen zu schikanieren und zum Schweigen zu bringen. Über die letzten fünf Jahre haben wir einen durchschnittlichen Anstieg der gerichtlichen Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich mit den Geschäftsaktivitäten von Unternehmen befassen, um 48% pro Jahr festgestellt.

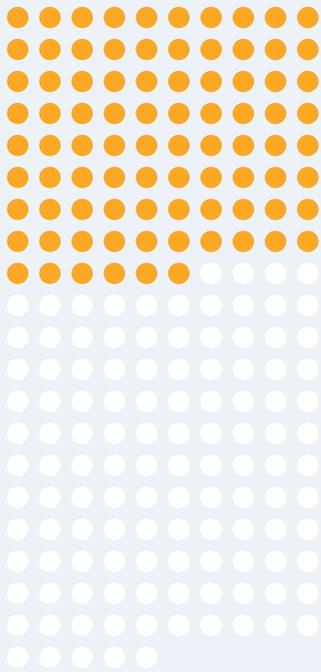
Strategische Klagen gegen die Öffentlichkeitsbeteiligung (Strategic Lawsuits Against Public Participation – SLAPPs) werden häufig von Unternehmen eingesetzt. SLAPPs haben zum Ziel, das Rechtssystem zu manipulieren, indem sie als legitime Rechtsansprüche ausgegeben werden, um Gesetze (z.B. zu Verleumdung/Diffamierung) zu missbrauchen und so berechtigte und geschützte Äußerungen oder Proteste ins Visier zu nehmen. SLAPPs können wirksam sein, wenn es darum geht, Kritiker*innen mundtot zu machen: Sie setzen auf den abschreckend hohen Kosten- und Zeitaufwand, den ein Rechtsstreit erfordert, und sie können Gefängnisstrafen und andere schädliche physische, finanzielle und psychologische Auswirkungen auf Menschenrechtsverteidiger*innen nach sich ziehen. Ebenso schwerwiegend ist, dass sie eine abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung haben und legitime kollektive Maßnahmen zur Verteidigung der Rechte von Arbeiter*innen und Gemeinschaften stören. Die in diesem Briefing zusammengefassten SLAPPs richteten sich u.a. gegen:

- ein Gemeinschaftsmitglied, das sich wegen eines Facebook-Postings, in dem die Rechtmäßigkeit der Bergbauaktivitäten eines Unternehmens in Frage gestellt wurde, mit einer Strafanzeige konfrontiert sah,
- einen Journalisten, der wegen angeblicher Hassrede verhaftet wurde, nachdem er über einen Streit zwischen einer lokalen Gemeinschaft und einem Unternehmen geschrieben hatte, das eine Palmölplantage erschließt,
- ein führendes Gewerkschaftsmitglied, gegen das nach Veröffentlichung von Blog-Beiträgen über die Arbeitsbedingungen von Wanderarbeiter*innen eine Geldstrafe von 2,4 Millionen US-Dollar verhängt wurde.

Diese Vergeltungsklagen finden in einem breiteren Kontext gerichtlicher Schikanierung sowohl durch Unternehmen als auch durch Regierungen statt, darunter Kriminalisierung, missbräuchliche Vorladungen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie unfaire Gerichtsverfahren. Bei rund 40% der 2152 Attacken auf HRDs weltweit, die das Business & Human Rights Resource Centre zwischen 2015 und 2019 [verzeichnete](#), handelte es sich um gerichtliche Schikanen.

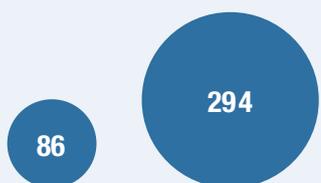
40% (857/2,152)

Bei 40% der Attacken auf HRDs weltweit handelte es sich um juristische Schikanen



44% (127/290)

Bei 44% der Attacken in Südostasien handelte es sich um juristische Schikanen



Im Durchschnitt jährlicher Anstieg juristischer Schikanen um 48 % (294 im Jahre 2019, verglichen mit 86 in 2015)

Dieses Jahresbriefing konzentriert sich auf Südostasien. Die Region hat sich zu einem globalen Hotspot für SLAPPs und andere gerichtliche Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen entwickelt. Von hier gibt es viele Beispiele für Strategien sowohl der Schikanierung als auch der Verteidigung von HRDs. Zwischen 2015 und 2019 verzeichneten wir 127 Fälle gerichtlicher Schikanierung von HRDs in Südostasien. Von allen Attacken auf HRDs in Südostasien, die wir in diesem Zeitraum nachverfolgten (290), betraf also fast die Hälfte (44%) gerichtliche Schikanen. Gerichtliche Schikanierung scheint die bevorzugte Taktik von in Südostasien tätigen Unternehmen zu sein, um Menschenrechtsverteidiger*innen zu bestrafen oder zum Schweigen zu bringen. In mindestens 30 dieser Fälle wurde eine SLAPP-Klage eingereicht, in einigen Fällen [lediglich für einen Beitrag in den sozialen Medien](#).

Die COVID-19-Pandemie hat u.a. dazu geführt, dass Regierungen in Südostasien dazu übergegangen sind, den Informationsfluss zu kontrollieren, und dass Arbeiter*innen protestieren, die ohne Entschädigung entlassen wurden oder keine persönliche Schutzausrüstung erhalten. Dies schafft eine Situation mit hohem Risiko für weitere gerichtliche Schikanen gegen HRDs in der Region. In der Zwischenzeit wurden Prozesse und Anhörungen ausgesetzt und Gerichte geschlossen, sodass HRDs in einem juristischen Schwebestand bleiben. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass der Schutz von HRDs vor gerichtlichen Schikanen in Zeiten von COVID-19 wichtiger denn je ist.

Anwält*innen und Jurist*innen haben verschiedene Verteidigungsstrategien zum Schutz von HRDs vor SLAPPs entwickelt, mit einigen bemerkenswerten Erfolgen in Gerichtssälen in ganz Südostasien. Beispielsweise beriefen sich Anwält*innen in ihrer Verteidigung gegen SLAPPs, die in Thailand bzw. Malaysia vor Gericht gebracht wurden, erfolgreich auf Verfassungsnormen, um das Recht der Angeklagten auf freie Rede und Meinungsäußerung geltend zu machen. Auch Gegenklagen gegen Unternehmen, um den belanglosen Inhalt von SLAPPs aufzudecken und Schadenersatz für den erlittenen Schaden zu fordern, haben sich als wirksam erwiesen; und in Verfahren gegen Journalist*innen haben sich Anwält*innen auf sachliche Kritik (fair comment) und qualifizierte Privilegien als erfolgreiche Verteidigung gegen SLAPPs berufen. Gerichte in der Region haben eine entscheidende Rolle beim Schutz von HRDs vor SLAPPs gespielt, indem sie die verfassungsmäßigen Rechte von HRDs bekräftigt und die Bedeutung ihrer Arbeit für das öffentliche Interesse anerkannt haben; in einigen Fällen haben sie auch die beteiligten Unternehmen kritisiert.

Trotz ermutigender rechtlicher Entwicklungen in der Region zum Schutz vor SLAPPs, wie z.B. in Thailand, den Philippinen und Indonesien, haben Anwält*innen und Jurist*innen von diesen Gesetzen und Verfahren nur begrenzt Gebrauch gemacht. Der Mangel an Anti-SLAPP-Rechtsrahmen weltweit und die eingeschränkte Anwendung solcher Gesetze, wo es sie gibt, bedeutet, dass Anwält*innen nur begrenzte Instrumente zur Verfügung stehen, um vor Gericht gegen SLAPPs zu kämpfen. Dies untergräbt ihre Fähigkeit, SLAPPs abzuwenden, ihren unseriösen Charakter hervorzuheben und gerichtliche Schikanierung durch Unternehmen aufzudecken. Unterdessen haben die meisten Gerichte nur wenige Möglichkeiten, SLAPPs zurückzuweisen, bevor sie in ein vollwertiges Verfahren übergehen, das in der Regel langwierig und kostspielig ist. Die hohen Kosten, die Angeklagten auferlegt werden, um den Fall jahrelang zu verhandeln, und der Stress, sich in einem Rechtsstreit zu befinden und Ermittlungen unterzogen zu werden, können ausreichen, um Menschenrechtsverteidiger*innen zum Schweigen zu bringen, selbst wenn das Verfahren gegen sie letztlich eingestellt wird.

Um SLAPPs wirksam zu bekämpfen – sowohl in Südostasien als auch weltweit – sind solide rechtliche Rahmenbedingungen und Richtlinien nötig, die Unternehmen von vornherein davon abhalten, SLAPPs einzureichen, und die es Gerichten ermöglichen, SLAPPs zu identifizieren, so zu benennen und sie zurückzuweisen, sobald sie eingereicht sind. Damit dies geschehen kann, müssen Regierungen, Unternehmen und Investoren zusammen mit Menschenrechtsverteidiger*innen und der Zivilgesellschaft (und den Anwält*innen, die sie verteidigen) angesichts dieser wachsenden Bedrohung entschlossen für den Schutz der bürgerlichen Freiheiten und von Menschenrechtsverteidiger*innen eintreten.

Empfehlungen

Rechtsanwält*innen & die Zivilgesellschaft sollten Verfassungsnormen zur Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nutzen, um gegen SLAPPs vorzugehen, wo es keine Anti-SLAPP-Bestimmungen gibt. Sie sollten auch erwägen, Gegenklagen gegen Unternehmen einzureichen, um Wiedergutmachung von Schäden zu erreichen, sowie Trainings und Aufklärungsprogramme für Anwält*innen und Richter*innen durchführen, um sie über SLAPP-Taktiken zu informieren. Schließlich sollten sie auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene das Bewusstsein für SLAPPs schärfen und in Koalitionen zusammenarbeiten, um diese Bemühungen zu verstärken.

Regierungen sollten Anti-SLAPP-Gesetze erlassen, die SLAPPs definieren, eine frühzeitige Zurückweisung (mit Kostenübernahme für die Verteidigung) solcher Klagen ermöglichen und Missbrauch unter Strafe stellen. Sie sollten das Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von Menschenrechtsverteidiger*innen schützen und fördern, sie unterstützen und darüber hinaus sicherstellen, dass die Justiz SLAPPs kennt und befugt ist, Maßnahmen zu ihrer Zurückweisung zu ergreifen.

Unternehmen sollten von SLAPPs Abstand nehmen und sich verpflichten, die Beteiligung der Öffentlichkeit und kritische Advocacy nicht mit SLAPPs oder anderer Formen der gerichtlichen Schikanie zu unterbinden, und sich zu einer klaren Politik der Nichtvergeltung gegen HRDs und zu einem Null-Toleranz-Ansatz bei Repressalien und Angriffen gegen HRDs bekennen. Sie sollten auch Verfahren der Sorgfaltspflicht zur Verhütung von Schäden und Menschenrechtsverletzungen an Einzelpersonen, Gemeinschaften und der Umwelt einführen, in denen die Risiken für HRDs ausdrücklich anerkannt werden. Globale Marken und nationale Unternehmen können auch gemeinsam handeln, um unseriöse Unternehmen dazu zu drängen, ihre missbräuchlichen SLAPPs, die den gesamten Sektor international in Verruf bringen, fallen zu lassen.

Investoren sollten eine strenge Sorgfaltsprüfung vornehmen. Sie sollten die SLAPP-Vorgeschichte von Unternehmen überprüfen und Investitionen in Unternehmen mit einer SLAPP-„Erfolgsbilanz“ (track record) vermeiden; sie sollten ihre Erwartung kommunizieren, dass Beteiligungsunternehmen keine Klagen mit der Absicht erheben, Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen, und sie sollten die Verwendung von SLAPPs kontinuierlich überwachen und konsequent auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse handeln. Sie sollten Unternehmen auch dazu ermutigen, sich nicht in Organisationen zu engagieren, die zivilgesellschaftliche Organisationen und einzelne Menschenrechtsverteidiger*innen ins Visier nehmen oder unterlaufen.

Anwaltskammern sollten Ethikkodizes aktualisieren, um sicherzustellen, dass SLAPPs ein sanktionierbares Vergehen sind, und Anwält*innen, die diese missbräuchlichen Taktiken anwenden, sanktionieren/bestrafen.